

Deutschland macht mobil

»Krieg gegen den Terror« nach innen und außen. Bundeswehreinsatz in Syrien »nicht völlig ausgeschlossen«

Sebastian Carlens

Noch bevor klar ist, welche Umstände zur Absage des Länderspiels Deutschland gegen die Niederlande in Hannover am Dienstag abend geführt haben, überbieten sich Politiker an militärischen Eskalationsszenarien. Zur »Unterstützung Frankreichs«, dessen Hauptstadt Paris am 13. November von Anschlägen erschüttert worden war, sei ein Militäreinsatz in Syrien »nicht völlig ausgeschlossen«, sagte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am Donnerstag in Rom. »Wir werden die Form des Beitrags dann in der Regierung und im Parlament besprechen.« Die Ministerin verwies auf das Treffen zwischen US-Präsident Barack Obama und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Wien und auf die Bemühungen Frankreichs, eine UN-Resolution zu erarbeiten. »Dann wird Deutschland seinen Beitrag leisten«, erklärte die Ressortchefin. Luftwaffeninspekteur Karl Müllner sieht die Bundeswehr nach einem Bericht der *Süddeutschen Zeitung* (Donnerstagsausgabe) grundsätzlich zu einem Einsatz in Syrien in der Lage.

Frankreich sei »empört« über »zu wenig Anti-Terror-Hilfe aus Deutschland«, meldete *Bild* am Donnerstag. Der französische Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian habe »militärische Unterstützung« eingefordert.

Zu einem militärischen Vorgehen im Inland sagte von der Leyen, der Gesetzesrahmen lasse es zu, »bei katastrophischen Umständen die Bundeswehr tatsächlich auch einzusetzen«. Nach einem Bericht von *Spiegel online* vom Donnerstag erwägt die CSU, dazu einen Antrag zur Änderung des Grundgesetzes einzubringen. »Auch die Bundeswehr [muss] einen Beitrag zur Sicherheit der Bürger leisten können«, sagte Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt der *Rheinischen Post*.

Der deutschen Armee ist es nach einem Urteil des Verfassungsgerichts aus dem Jahr 2012 möglich, in »Ausnahmesituationen« militärisch in der BRD einzugreifen, verboten ist jedoch der Abschuss ziviler Flugzeuge. Die Vorstöße in Richtung einer Verfassungsänderung deuten darauf hin, dass die Befugnisse der Bundeswehr drastisch ausgeweitet werden sollen.

Der Wehrbeauftragte des Bundestags, Hans-Peter Bartels, sprach sich im *ARD-»Morgenmagazin«* gegen einen solchen Schritt aus. Auch der Chef des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, lehnt dies ab. »Ich glaube, dass uns das aktuell nicht weiterhelfen würde«, sagte er am Donnerstag in Mainz.

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) hat sich auch am Donnerstag nicht zu Einzelheiten der Terrorwarnung beim Fußballländerspiel geäußert. Er sagte, die Hinweise seien so »verdichtet« gewesen, dass eine Absage des Spiels unvermeidlich gewesen sei. Ob es aber eine »reale Bedrohung« gegeben habe, »das wissen wir nicht«, ergänzte er. Am Dienstag abend hatte der Minister erklärt, dass Details »die Bevölkerung verunsichern« könnten.

Das Lokalblatt *Syker Kreiszeitung* hielt am Donnerstag an der Darstellung fest, dass ein mit Sprengstoff beladener Krankenwagen in der niedersächsischen Landeshauptstadt gefunden wurde. *Welt online*

berichtete, »womöglich sei ein Attentat mit einem mit Sprengstoff beladenen Fahrzeug geplant« gewesen, das »eine »Zugangsberechtigung für den Stadionbereich« hat.« Die Generalbundesanwaltschaft hat die Ermittlungen übernommen, sagte ein Behördensprecher am Donnerstag.

Der Fall könnte sich in eine ganze Reihe nie geklärter »islamistischer Terrordrohungen« einreihen. Das prompt angestimmte Kriegsgeheul und der Ruf nach Mobilmachung sollte die Bevölkerung allemal verunsichern.

<http://www.jungewelt.de/2015/11-20/001.php>